

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Postbestellungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., zusätzlich Abzug für Porto. Die Wochenblätter „Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend“ und „Wochenblatt für die Gegend“ werden zu jeder Zeit bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Worte beiliegen.

Wagenpreis: Die 8spaltige Kennzettel 20 Halbpennig, die 2spaltige Karte der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die 3spaltige Reklametexte im zeitlichen Teil 100 Halbpennig. Nachdruckgebühren 20 Halbpennig. Sonstige Anzeigen nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Möglichkeit der Abbestellung ist durch Fernruf übermitteln. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht, Wilsdruff alle Abrechnungen entgegen zu nehmen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostock

Nr. 293. — 83. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag 16. Dezember 1924

Bergewaltigung des Saargebietes.

„Es bleibt alles beim alten“, das ist der Bescheid, den der Völkerverbund grundsätzlich allen Beschwerden der Saarbevölkerung über ihre Regierungskommission entgegensetzt. Und sie sind zahllos, diese Beschwerden; nur wandern sie immer in den großen Papierkorb, den der Völkerverbund für diese Beschwerden weiter Völker- oder Gebietsstelle sich angeschafft hat. Auch jetzt auf der Völkerverbundratstagung in Rom wieder das selbe Schauspiel. Salandra, der frühere italienische Ministerpräsident, der zweifellos niemals im Saargebiet gewesen ist, also von Sachkenntnis nicht irgendwie getrübt wird, verfaßt den Bericht über jene Beschwerden und gibt natürlich Frankreich recht. Denn es ist politisch unzumutbar, Frankreich unrecht zu geben in einem Augenblick, da die Entente zwischen den beiden großen Westmächten England und Frankreich wieder enger zu werden scheint. Und da Frankreich in den Fragen des Saargebietes außerordentlich empfindlich ist, immer an den 10. Januar 1935 denkt, an den Tag, wo die Abstimmung über die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland oder Frankreich stattfinden soll, so kommt Salandra gleichfalls wieder zu dem Schluss: es bleibt alles beim alten. Und was die Bevölkerung selbst dazu sagt, interessiert diese Wächter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in keiner Weise.

Dabei lassen die Reichsregierungen der Saarbevölkerung in keiner Weise irgend etwas an Deutschtum zu wünschen übrig. Jetzt hat wieder einmal der Vorsitzende der saarländischen Zentrumspartei und der der deutsch-saarländischen Volkspartei einen offenen Brief an Herriot gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Französisierungstendenzen der Saarregierung und der französischen Politik im allgemeinen durch die französischen Neuwahlen vom 11. Mai in keiner Weise irgendeine Änderung erfahren haben, und daher befürchte der Gegenpart zwischen der Saarbevölkerung und den Behörden immer weiter fort. Es ist auch zu merkwürdig, wenigstens für deutsche Begriffe, also Begriffe der Ehrlichkeit, daß Herriot in Genf auf dem Völkerverbund Neben für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Heiligkeit der Verträge hält, dabei aber es duldet, daß der Frieden von Versailles, u. a. auch hinsichtlich seiner Bestimmungen über das Saargebiet, äußerlich und innerlich aufs gründlichste verletzt wird. Dieser Vertrag erkennt Frankreich das Recht zu, für Kinder der eingewanderten französischen Bergarbeiter und zwar durch eine Zusammenarbeit zwischen der Grubenverwaltung und der Regierungskommission Schulen zu gründen. Schon seit Jahren zwingt man aber auch das deutsche Grubenpersonal, seine Kinder in diese französischen Schulen zu schicken, indem man die deutschen Schulen einfach schließt. Das Saargebiet ist Frankreich zu treuen Händen übergeben worden, weil die Gruben zum Ausgange für die erst allmählich wieder ersehene Produktion der zerstörten nordfranzösischen Gruben dienen sollte, eine Ausbeutung der Gruben ist also der Zweck der Versailles Bestimmungen. Statt dessen führt Frankreich im Saargebiet antideutsche und hochfranzösische Propaganda durch, die jedes erdenkliche Maß überschreitet. Alles Deutsche wird in den Schritten und Zeitungen, die für Deutschland eintreten, verboten. Mit Recht weist der offene Brief darauf hin, daß das alles als Vorbereitung für die Annexion des Saargebietes durch Frankreich diene. Eine Annexion freilich, die nur mit Gewalt vor sich gehen kann.

Frankreich denkt vor allem nicht daran, seine Truppen aus dem Saargebiet zurückzuziehen und sie durch eine örtliche Gendarmerie zu ersetzen. Unzählige sind die Ausreden, die die Regierungskommission den deutschen Beschwerden in jeder Richtung entgegenstellt hat. Bald sollen die budgetären Kosten einer einheimischen Gendarmerie viel zu groß für die Saarbevölkerung sein, bald findet man kein geeignetes Personal dafür usw. Nur der Völkerverbund erkennt diese Einwände nicht als das, was sie sind, nämlich als Ausreden. Hat doch die Saarregierung solche Berichte über die Stärke der französischen Truppen im Saargebiet an den Völkerverbund gemacht.

Auf der Völkerverbundratstagung in Rom hat man über den eventuellen Beitritt Deutschlands zum Völkerverbund nicht gesprochen. Das ist auch wirklich nicht nötig, denn solange der Völkerverbund nicht dafür sorgt, daß die Deutschen wenigstens alle die Rechte haben, die ihnen der Versailles Vertrag zuspricht, kann an einen Eintritt in diese Institution nicht gedacht werden.

Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 14. Dezember. Ein hervorragendes Mitglied der deutschen Handelsdelegation erklärt, daß bisher trotz der Verständigung über verschiedene Einzelfragen die wesentlichen Hauptprobleme nicht geklärt seien. Ein scharfer Gegenstand besteihe in der Frage der Weinzölle. Auch in der Frage der Eisenindustrie ist bisher kein Ergebnis erzielt worden. Die Gerüchte über eine internationale Verständigung in der Frage der Eisenindustrie entbehren jeder Grundlage. Auch andere Staaten wie England und die Tschechoslowakei sind nicht zu den Besprechungen hinzugezogen worden. Wenn die Gegenstände sich bisher nicht haben überbrücken lassen, so liegt der Grund hierfür allein in dem verfehlten französischen Politiksystem, das den Abschluß von Handelsverträgen geradezu unmöglich macht.

Man rechnet bereits mit dem Rücktritt Herriots.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. Dezember. Der Montag berichtet aus Paris: Nach Pariser Meldungen ist die Erkrankung des französischen Ministerpräsidenten Herriot derart ernster Natur, daß man mit der Möglichkeit seines Rücktrittes rechnet, da seine Wiederherstellung wahrscheinlich vier Wochen dauern wird. Sein eventueller Rücktritt würde nur einen persönlichen Wechsel, aber nicht einen Kurswechsel bedeuten.

England um Herriot besorgt.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 15. Dezember. Unter der Überschrift „Die mysteriöse Krankheit des französischen Ministerpräsidenten“ bringt der Daily Telegraph heute eine Mitteilung, daß die Gerüchte über eine mögliche Amtsniederlegung Grund zu ernstem Besorgnissen gebe.

Kollet verlangt die Wiedereinsetzung des gestrichenen Militärkredits.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 15. Dezember. Das Kriegsministerium teilt mit, daß General Kollet von der Kammerkommission die Wiederherstellung des Kredites von zwanzig Millionen Franken verlangen will, den die Kammer in ihrer vorgestrigen Sitzung trotz der Opposition des Kriegsministers und des Berichterstatters von dem Kriegshaushalt abgestrichen hat. Die Gerüchte, wonach 5000 Offiziere entlassen werden sollen, sind demnach völlig unbegründet.

Wieder ein französisches Kriegsgerichts-urteil gegen einen deutschen Offizier.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 15. Dezember. Das Kriegsgericht der 8. Division in Metz hat den deutschen Oberst Gemmingen, der während des Krieges Plagkommandant von Montmedy war, in Abwesenheit

zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Gemmingen wird zur Last gelegt, daß er am 12. Dezember 1914 unter Umgehung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens einen Zivilisten hat erschossen lassen.

Ein amerikanischer Bericht über die deutschen Finanzen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Newport, 15. Dezember. Das Handelsdepartement veröffentlicht einen Bericht des amerikanischen Handelskommissars Miller in Berlin über die deutsche Finanzlage. Der Bericht ist, da er auf Grund der deutschen Staatsfinanzen abgefaßt ist, äußerst optimistisch und wird von der ganzen Presse stark beachtet. Er hebt den Ueberschuß des deutschen Haushalts hervor. Der Bericht wird deshalb als wichtig bezeichnet, weil er ein erfolgreiches Arbeiten nach dem Dawes-Plan verspricht.

Deutsch-portugiesisches Handelsabkommen

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Lissabon, 15. Dezember. Der Ausschuss für den auswärtigen Handel hat den Entwurf eines Handelsabkommens mit Deutschland genehmigt.

Blutige Zusammenstöße in Moskau.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. Dezember. Die „Montagspost“ veröffentlicht aus Moskau folgendes Privattelegramm: Bei der Abreise Trotskis haben sich trotz scharfer Bewachungsmaßnahmen durch die Tscheka oppositionelle Elemente auf der Straße versammelt. Es sei zu Ovationen für den Abreisenden gekommen, die von der Polizei und den Anhängern des gegenwärtigen Regimesystems mit Gegenemonstrationen erwidert wurden. Die Demonstrationen hätten bis in die Nachmittagsstunden gedauert. Dabei sei es in Moskau und auch in der näheren Umgebung zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Dem Vernehmen nach hat sich Reichsaußenminister Dr. Stresemann zur Erholung in ein außerhalb Berlins gelegenes Sanatorium begeben. Dr. Stresemann leidet an einer Grippe, an der er während der letzten Tage des Wahlkampfes erkrankte.

Montag Regierungsrücktritt.

Berlin, 12. Dezember.

Der Reichskanzler empfing heute die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei, bestehend aus den Herren Hermann Müller, Weis, Dittmann und Biederling. Sie erklärten, daß für ihre Partei das Wahlergebnis eine Befestigung und Stützung der bisherigen Politik bedeute, die eine Erweiterung der bisherigen Regierung nach links unbedingt notwendig mache. Sollte trotzdem eine Bürgerblockregierung in irgendeiner Form gebildet werden, so würde die sozialdemokratische Partei in die stärkste Opposition gehen, da sie in einer solchen Regierung eine ernste Gefährdung der Interessen Deutschlands erblicken müßte. Der Kanzler nahm die Erklärung entgegen, ohne sich weiter dazu zu äußern. Die Führer der Deutschnationalen Volkspartei waren früher empfangen worden in Gegenwart des Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Der Kanzler wies auf den Standpunkt der Deutschen Volkspartei hin, der ein Weiterbestehen der bisherigen Regierungskoalition ausschliesse, der Rücktritt der Regierung würde endgültig am Montag erfolgen.

Dr. Stresemann berichtete über die Räumungsfrage und die handelspolitische Lage. Die deutschnationalen Führer gaben keine Meinungsäußerung von sich, sondern verwiesen auf die kommenden Fraktionsverhandlungen.

Der Reichskanzler hat alle Parteiführer gebeten, die Fraktionen sobald als möglich nach Berlin zu berufen. Die Fraktionen der Volkspartei und der Deutschnationalen kommen wahrscheinlich bis Dienstag zusammen, das Zentrum hat seine Sitzung für Mittwoch angekündigt und die Sozialdemokraten verhandeln erst Donnerstag.

Inzwischen hat die Beratung des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags stattgefunden. Alle Anwesenden waren nach einem Referat des Reichskanzlers der Überzeugung, daß die Große Koalition aus Zentrum, Deutscher Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten, wie sie seit November 1921 in Preußen besteht, sich bewährt habe. Zu erstreben sei die Volksgemeinschaft, d. h. der Anschluß der Deutschnationalen an die Große Koalition. Voraussetzung dafür sei selbstverständlich, daß die deutschnationale Landtagsfraktion nicht Bedingungen stelle, deren Erfüllung von vornherein ausgeschlossen ist.

Daß der Reichspräsident dem Reichskanzler schon eine Mitteilung darüber gemacht haben könnte, welche Persönlichkeit er mit der Bildung der neuen Regierung beauftragen würde, ist kaum anzunehmen. Zunächst dürfte dafür u. a. die Partei in Frage kommen, die die Anregung zur Bildung einer Reichsregierung gegeben hat, d. h. also Dr. Stresemann. Die vom Ausland kommenden Gerüchte, wonach sich die Ententestaaten mit der Regierungsbildung im Deutschen Reich beschäftigt hätten, erweisen sich nach amtlicher Meldung aus Paris als falsch.

Steuerprogramm der Reichsregierung

Die beabsichtigte Neuregelung.

Aber die Pläne für die Neuregelung der Einkommensteuer usw. wird gemeldet:

Es wird ein Überleitungs-gesetz geschaffen, das unter bestimmten Voraussetzungen jedem Steuerzahler das Recht zugesieht, um teilweise Rückerstattung der Steuern einzukommen. Dies kommt in Frage bei gänzlichen oder teilweisen Stilllegungen, Verlustverweisen, sonstigen Verlusten. Da Friedensverhältnisse noch nicht möglich sind, werden die Voraussetzungen weiterhin gefordert. Jedoch in vierteljährlicher Umwandlung, wobei die Handhabung möglichst individuell sein soll, da der Staat zurzeit im Besitz reichlicherer Einnahmen ist. Zur Vermeidung der Ungleichheiten bei der Vermögenssteuerveranlagung wird ein Bewertungsgesetz per 31. Dezember 1924 geschaffen. Die Umsatzeuer soll baldmöglichst auf ein Prozent ermäßigt werden. Aber die etwaigen kommunalen Zuschläge der Städte auf die verschiedenen Steuern sind die Debatten noch nicht abgeschlossen.

Die Saardelegation beim Papst.

Rom, 14. Dezember. Die zurzeit in Rom weilende Saardelegation wurde vom Papst in Audienz empfangen. An sie schloß sich eine Aussprache mit dem Kardinalstaatssekretär.

Bundespräsident Dr. Hainisch über die Lage Österreichs.

Wien, 14. Dezember. Der Bundespräsident Dr. Hainisch empfing die Vertreter der ausländischen Presse und führte aus, daß es sich jetzt hauptsächlich darum handele, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß die Sanierung zwar sehr weit fortgeschritten, aber noch immer von der Bevölkerung Opfer verlangt werden müßten. Sie muß die Verhältnisse so sehen, wie sie wirklich sind. Es ist ihre Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß wir noch immer in einer sehr schweren Zeit leben und daß es notwendig ist, die größte Sparsamkeit an den Tag zu legen, damit die Gesundung endlich eintreten kann.

Der Kongress der Sozialistischen Gewerkschaften für die Amsterdamer Internationale.

Rom, 14. Dezember. Auf dem Kongress der Sozialistischen Gewerkschaften in Mailand wurde eine Tagesordnung angenommen, die den wirtschaftlichen Charakter der Gewerkschaften im Klassenkampf gegen die Kapitalismus betont und in politischer Hinsicht eine Regierung der Volksmehrheit unter Berücksichtigung der Rechte der Minderheiten fordert. Der Kongress schließt sich der Amsterdamer Internationale an, da dieser Zusammenhang die Möglichkeit gibt, die Arbeiterinteressen auch in den internationalen Beziehungen zur Geltung zu bringen.